

Schäfer, Dorothea

**Article**

## Wir haben es verdient!

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Schäfer, Dorothea (2012) : Wir haben es verdient!, DIW Wochenbericht, ISSN 0012-1304, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 79, Iss. 19, pp. 12-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/58115>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Prof. Dr. Dorothea Schäfer ist Forschungsdirektorin am DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

# Wir haben es verdient!

---

Ja wir haben es verdient! Großbritannien und Schweden sollen sich am 15. Mai endgültig mit ihrem Wunsch gegenüber der EU-Kommission durchsetzen, von ihren nationalen Banken eine höhere Eigenkapitalunterlegung fordern zu dürfen, als dies Basel III vorschreibt. Wir, das sind die Steuerzahler aller EU-Länder. Nur wenn Großbritannien und Schweden erfolgreich sind, wird endlich ein Wettbewerb um höhere Mindest-Eigenkapitalquoten angezettelt. Je mehr Eigenkapital, desto mehr Verluste kann die Bank selbst tragen und desto weniger Staatshilfe braucht sie. Jeder Euro Eigenkapital, der nicht da ist, vergrößert unsere Haftung, denn Großbanken, die ihr Eigenkapital ganz oder teilweise verloren haben, werden trotz neuer Gesetze zur Bankenrestrukturierung auch weiterhin gerettet werden müssen. Solange sich Europa im Krisenmodus befindet, wird es keine Regierung wagen, Großbanken in die Insolvenz fallen zu lassen. Trotz dieses Befundes will die EU-Kommission mit Unterstützung von Deutschland und Frankreich den segensreichen Wettbewerb um höhere Mindesteigenkapitalquoten verhindern.

Früher hieß es gerne, die nationalen Banken dürften keine Wettbewerbsnachteile dadurch erleiden, dass im eigenen Land zu hohe Mindest-Eigenkapitalquoten vorgegeben werden. Folgerichtig gab es – sicherlich zur Freude der Großbanken – ein Wettrennen nach unten. Mit Einverständnis von Bankenaufsicht und Politik wurden die Bankbilanzen über die Jahre immer größer und fremdkapitallastiger, und

die Risiken für die Steuerzahler stiegen. Bis zur Finanzkrise haben wir Steuerzahler freilich wenig davon mitbekommen. Seitdem aber garantiert die Gemeinschaft der Steuerzahler (unfreiwilligerweise) das Geschäftsmodell der Großbanken.

Nun wird im Streit um die Umsetzung von Basel III in nationales Recht plötzlich damit argumentiert, dass Banken in Ländern mit höheren Mindest-Eigenkapitalquoten ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile hätten. Schon wieder lassen sich also nationale Regierungen vor den Karren der Finanzindustrie spannen und vergessen dabei die EU-Steuerzahler. Die in Großbritannien im Zuge der Finanzkrise eingesetzte Independent Banking Commission (Vickers-Kommission) hat für die britischen Banken höhere Mindesteigenkapitalquoten vorgeschlagen, weil sie die Baseler Standards zu Recht für viel zu niedrig hält. Diese Empfehlungen versucht die britische Regierung nun gegen den Willen der einheimischen Finanzindustrie umzusetzen. Die anderen EU-Länder sollten die Briten darin unterstützen, sich gegen die mächtige heimische Finanzindustrie durchzusetzen, anstatt diese Absicht zu bekämpfen. Höhere britische und schwedische Mindesteigenkapitalquoten schonen direkt die britischen und schwedischen Steuerzahler, bedeuten aber auch Hoffnung für die Steuerzahler in den anderen EU-Ländern. Wenn der Alleingang der Briten und Schweden dazu führt, dass alle EU-Großbanken bei der Eigenkapitalausstattung aus Wettbewerbsgründen gleichziehen wollen, wäre das für uns alle eine gute Nachricht.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
79. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spiëß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Nicole Walter

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Simon Junker

#### Textdokumentation

Lana Stille

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Stabsabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.